

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 31

Artikel: Skandalöse Lage im Bundeshaus
Autor: Hofer, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-613664>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Skandalöse Lage im Bundeshaus

VON BRUNO HOFER

Der Schweizerischen Eidgenossenschaft wohnt die Eigenschaft inne, in Zeiten grosser Drangsal grosse Männer hervorzubringen, die in der Lage sind, die Widerwärtigkeiten der Umstände zu meistern und das Schiff Helvetia aus den Sturmesfluten in ruhigere Gewässer zu steuern.

Das war so, als es um die Gründung des Bundesstaates ging, dann wiederum, als Alfred Escher die Grosstaten der Eisenbahnen schaffte und später auch, als 1937 ein Nationalrat Reichling aus Stäfa das Präsidium des Nationalrates übernahm, just in der Zeit vor dem grossen Zweiten Weltkrieg, in Krisenjahren also.

Und wenn nun 50 Jahre später wiederum ein Nachkomme aus dem Sprosse Reichling das Ruder im Nationalrat ergreift, dann muss definitionsgemäss ebenfalls Krisenzeit sein.

Und in der Tat: Hätte die Eidgenossenschaft es nicht gewusst, Rudolf Reichling machte es bekannt. Er liess von einem Unternehmensberatungsbüro in Zürich (Karasek & Partner) eine Analyse über die Funktionsweise des Bundesparlaments erstellen und fürwahr: Die Ergebnisse sind erschreckend, ja geradezu bestürzend, und man fragt sich mit Verlaub: Wie konnte es nur soweit kommen? Und: Wie konnte es geschehen, dass die Öffentlichkeit nicht erfuhr, dass im Grunde genommen die parlamentarischen Institutionen unseres Landes schon lange gar nicht mehr funktionieren?

Was da alles fehlt!

Der Bericht Karasek zeichnet nämlich ein geradezu verheerendes Bild unserer legislativen Organisation und hat denn auch ihren Besteller bereits zu geradezu drastischen und rigorosen Massnahmen angeleitet. Was da alles im argen liegt, wo da überall Veränderungen nötig wären! Gorbatschows Perestroika ist dagegen kalter Kaffee!

Da fehlt den Ratsmitgliedern so Rudimentäres wie «ein persönlicher Schreibtisch mit Telefon und Registratur», mit Stauraum nahe bei den Parlamentssälen. Es fehlen ferner parlamentarische Kommunikationsmittel, Dienstleistungszentren mit Fernsehern, Diktiergeräten, EDV, Telefax und Sekretariatskapazität für maximal zwei Stunden nach Voranmeldung (Seite 3).

Da fehlt eine «kompetente Anlaufstelle

für alle Parlamentarier, insbesondere für Einzel-Anfragen», und zwar sowohl in den Parlamentssälen als auch ausserhalb der Parlamentssäle. Erschreckend, wie uninformiert bisher die Ratsmitglieder den Abstimmungen entgegenfieberten mussten!

Rettung kommt!

Die heutigen Publikationen an die Ratsmitglieder sind offenbar auch völlig daneben und «sollen in Zukunft konziser und termingerechter» erscheinen (Seite 4). Dokumente sollten ferner in Zukunft «verarbeitungsgerecht» geordnet werden, mit Hilfe von Farben, Numerierungen, und sogar die Lochung hat offenbar bisher gefehlt (Seite 4). Welche Fehlleistung!

Die Parlamentsbibliothek steht auch völlig am falschen Ort. Da, wo sie jetzt steht, im Bundeshauswest, sei sie «nur den wenigsten Parlamentariern bekannt». Darum ist Zügeln nötig, und künftig darf sie auch nicht mehr der Oberschirmherrschaft des Bundeskanzlers Walter Buser zugehören, sondern soll dem «Archiv» unterstellt werden. Dann kommt sicher alles gut.

Viel zu lange dauern anscheinend auch die Übersetzungsdienste hinter den Kulissen, weshalb private Büros beigezogen werden sollten (Seite 15).

Um das schier unausweichliche parlamentarische Unheil abzuwenden, präsentiert die Firma Karasek Rettungsvorschläge einer völligen Umorganisation der parlamentarischen Hilfsdienste. Die Macht des Bundeskanzlers (zurzeit Walter Buser) soll abgebaut werden, nicht nur durch die Abtrennung der Parlaments- und Zentralbibliothek. Die parlamentarischen Hilfsdienste sollen auch einen neuen Namen erhalten. Früher wurden sie unter dem Begriff «Generalsekretariat» zusammengefasst, künftig soll es «Kanzlei» heissen, um Verwechslungen zu vermeiden (Seite 9). Das ist der einzig logische Vorschlag, denn mit der Entnahme der Bibliothek verliert die eigentliche bisherige Kanzlei, die Bundeskanzlei, ohnehin ihre Bedeutung.

Im Zweifelsfall ein Delegierter

Dann soll diese Kanzlei unter die Fittiche eines «Delegierten» kommen, ein Hilfstypus, zu dem immer dann gegriffen wird, wenn herkömmliche Mittel nicht mehr genügen (siehe Flüchtlingsdelegierter Peter

Arbenz). Dieser Delegierte hat einer Verwaltungskommission (die natürlich auch völlig neu geschaffen wird und bisher nicht bestand) zu gehorchen, die aus sechs Ratsmitgliedern zusammengesetzt ist. Diese Verwaltungskommission wiederum muss auch gehorchen, und zwar dem Büro des National- und Ständerates, wieder eine Gruppe von Ratsmitgliedern, die diese Verwaltungskommission bestellt (Seite 5).

Schlimm, schlimm steht es um die Lage des Parlaments. Und dass in einer solchen Situation nur mit einem Mehr an Bürokratie Gegensteuer gegeben werden kann, das hat ja schon Max Weber, der grosse Soziologe, zu Beginn unseres Säkulums dargetan. Was kann denn Weber dafür, dass seine Theorien heute generell nicht mehr in Mode sind?!

Kein Wunder, dass der Bericht Karasek auch nicht in Auszügen veröffentlicht wurde. Er hätte durch die Beschreibung der völlig maroden Lage unserer Milizorganisation nur unnötigerweise die Öffentlichkeit beunruhigt und verunsichert.

Reichlings Denkmal

Die Schweiz darf somit glücklich sein, in Rudolf Reichling einen Mann in ihren Reihen zu wissen, der den Finger auf die sonst von niemandem verspürte Wunde legte. Und es gereicht ihm zu grossem Ruhm, dass er sofort den Durchgriff wagte, ohne Rücksicht auf Verluste, unerschrocken der Gefahr ins Auge starrend.

Sofort liess Reichling eine neue Stelle aus schreiben, mutig die dafür sonst notwendigen prozeduralen Erfordernisse wegwerfend, in der Not der Stunde ist dies gerechtfertigt. Keine Zeit verlor der Uner-schrockene mit der Information der Bundesdokumentalisten, als sie im Mai zusätzliche besondere Auskünfte verlangten und Kritik äusserten. Und souverän missachtete Reichling das Gesetz der Höflichkeit, den Chef der eidgenössischen Parlaments- und Zentralbibliothek anzuhören, geschweige denn um seine Meinung zu fragen.

So ist gewiss: Wenn auch niemand erkennt, weshalb der Riesenwirbel um die parlamentarischen Hilfsdienste überhaupt nötig ist, die Geschichte wird zweifellos Rudolf Reichling das Denkmal setzen, auch wenn die mit Blindheit geschlagenen Zeitgenossen den Sinn und die tiefe innere Schönheit Reichlingscher Reorganisationswut noch nicht ganz zu durchschauen vermögen.